

Auftragsbekanntmachung

Beschränkte Ausschreibung mit TW nach VOB/A

Formular 122 - VHB-Bund - Ausgabe 2019

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name: Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr
Straße, Hausnummer: Hallesche Straße 15/16
Postleitzahl (PLZ): 99085
Ort: Erfurt
Telefon: +49 361 574156400
E-Mail: hochbau.vergabe@tlbv.thueringen.de

b) Verfahrensart „Beschränkte Ausschreibung mit TW nach VOB/A“

Geschäftszeichen: 0010/26-B-B-51

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote

- elektronisch
- mit fortgeschrittener elektronischer Signatur / fortgeschrittenem elektronischen Siegel
- mit qualifizierter elektronischer Signatur / qualifiziertem elektronischen Siegel

d) Art des Auftrags

Ausführung von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung

Neubau Polizeiinspektion Saale Orla
Hofer Straße 54
07907 Schleiz

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Grobmengen - Bodenbelagsarbeiten

Der Freistaat Thüringen, vertreten durch das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr, errichtet für die Polizeiinspektion Saale Orla eine neue Dienststelle. Der Neubau besteht aus zwei Gebäuden, der eigentlichen Polizeiinspektion (Hauptgebäude) sowie einem Garagenkomplex. Die beiden Gebäude sind über den Polizeihof miteinander verbunden. Der Büro- und Verwaltungsbau wird dreigeschossig und unterkellert errichtet, der Garagenkomplex ist eingeschossig ohne Keller. Leistungsinhalt dieser Ausschreibung sind die Bodenbelagsarbeiten.

GROBMENGEN - Bodenbelagsarbeiten

- ca. 2.000 m² Bodenbelag aus Linoleum DIN EN ISO 24011, mit werkseitiger Oberflächenvergütung, Dicke 2,5mm, Einstufung DIN EN ISO 10874 Klasse 34 (gewerblicher Bereich, sehr starke Beanspruchung), antistatisch, geeignet für Stuhlrollen DIN EN 12529 Typ W, Brandverhaltensklasse DIN EN 13501-1 CFL-s1, Bewertungsgruppe Rutschgefahr R 9 ASR A1.5, einschließlich grundieren und spachteln des Untergrundes
- ca. 60 Stufen, Tritt- und Setzstufen aus dem gleichen Bodenbelag, auf Stahlbetontreppenstufen geklebt, einschließlich Treppenkantenprofil an der Vorderkante und Sockelleiste an der Wand
- ca. 60 m² elektrostatisch leitfähiger/ableitender Bodenbelag Linoleum DIN EN ISO 24011, mit werkseitiger Oberflächenvergütung, Dicke 2,5mm, Einstufung DIN EN ISO 10874 Klasse 34 (gewerblicher Bereich, sehr starke Beanspruchung), antistatisch, geeignet für Stuhlrollen DIN EN 12529 Typ W, Brandverhaltensklasse DIN EN 13501-1 CFL-s1, Bewertungsgruppe Rutschgefahr R 9 ASR A1.5, einschließlich grundieren und spachteln des Untergrundes, einschließlich Kupferbändern und leitfähiger Verklebung
- ca. 1.900 m Sockelleisten aus Holz, bzw. Holzwerkstoff, Rechteckprofil, lackiert (RAL 9002)
- ca. 38 m² flächenelastischer Sportboden, bestehend aus Elastikschicht und Druckverteilermodul, einschließlich Sportlinoleum und Sockelabdeckung

h) Losweise Vergabe

Nein

i) Ausführungsfristen

Beginn der Ausführung

29.06.2026

Fertigstellung oder Dauer der Leistungen

18.09.2026

Weitere Fristen

voraussichtlicher Ausführungszeitraum:

Ausführungsbeginn: 29.06.2026

Ausführungsende: 18.09.2026

j) Nebenangebote

nicht zugelassen

k) Mehrere Hauptangebote

zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=832286>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen.

alle, außer der mit der geforderten fortgeschrittenen Signatur, qualifizierten Signatur, fortgeschrittenen Siegel bzw. qualifizierten Siegel zu versehene Teilnahmeantrag und das mit der geforderten fortgeschrittenen Signatur, qualifizierten Signatur, fortgeschrittenen Siegel bzw. qualifizierten Siegel zu versehene Fbl. L297

n) Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge

24.02.2026 - 08:00 Uhr

Angebote und Teilnahmeanträge sind einzureichen

elektronisch via

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=832286>

Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe spätestens am

12.03.2026

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)

r) Zuschlagskriterien

siehe Vergabeunterlagen

t) Geforderte Sicherheiten

siehe Vergabeunterlagen

v) Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

w) Beurteilung der Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Teilnahmeantrag das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt der **Teilnahmeantrag** in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich / ggf. geforderte Eignungsnachweise

- a) Erklärung über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen.
- b) Nachweis mit Angaben zu Leistungen (mindestens drei Referenznachweise), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind und die in den letzten fünf Geschäftsjahren ausgeführt wurden. Folgende Mindestangaben sind in den Referenznachweise enthalten: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.
- c) Angaben zu Arbeitskräften mit Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenen Leitungspersonal.
- d) Nachweis zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes erfolgt durch Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- e) Nachweis zur Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft erfolgt durch eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- f) Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation
- g) Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt (§ 6e EU VOB/A)
- h) Nachweis zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung erfolgt durch eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der

tariflichen Sozialkassen, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG.

i) Eigenerklärung zum Thüringer Vergabegesetz gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 - Fbl. L297
Ich/Wir erkläre/erklären, dass mir/uns die Bestimmungen des Thüringer Vergabegesetzes bekannt sind und ich/wir insbesondere die folgenden daraus resultierenden

Anforderungen und Verpflichtungen einhalten werde/werden:

1. Die Pflicht zur Tariftreue gemäß § 6 Abs. 1 ThürVgG.
2. Die Pflicht zur Zahlung des für repräsentativ erklärten Tarifentgelts (§ 6 Abs. 4 S. 1 und 2). Falls keine Bekanntgabe nach § 6 Abs. 4 S. 4 vorliegt oder das Entgelt geringer wäre als das Entgelt nach § 6 Abs. 4 S. 5, die Pflicht zur Zahlung eines Entgelts, das mindestens 1,50 Euro über dem aktuell gültigen gesetzlichen Mindestlohn liegt (§ 6 Abs. 4 S. 5 und 6 ThürVgG). Dies gilt auch für jedwede eingesetzte Nachunternehmer.
3. Die Anforderungen des § 6 Abs. 5, den Einsatz von Leiharbeitskräften betreffend.
4. Die Pflicht zur Entgeltgleichheit nach § 6 Abs. 10 ThürVgG.
5. Die Notwendigkeit vor dem Einsatz von jedweden Nachunternehmern gemäß § 7 Abs. 1 ThürVgG die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen.
6. Die Weitergabe der aus dem ThürVgG resultierenden Pflichten an jedweden von mir/ uns eingesetzten Nachunternehmer gemäß § 7 Abs. 2 und 4 ThürVgG und damit einhergehend auch meine/ unsere Verpflichtung zur Kontrolle der Einhaltung dieser Pflichten durch alle Nachunternehmer.
7. Die Pflicht zur Vorhaltung von Unterlagen durch mich/uns nach § 12 Abs. 1 sowie jedweden von mir/ uns eingesetzten Nachunternehmer nach § 12 Abs. 2 ThürVgG für Kontrollen, auf deren Möglichkeit ich auch meine/ unsere Beschäftigten hinweise. Mir/ uns ist bewusst, dass die Nichteinhaltung der vorgenannten Verpflichtungen Sanktionen nach sich ziehen kann, namentlich die Verhängung von Vertragsstrafen gemäß § 13 Abs. 1, die fristlose Kündigung des Vertrages gemäß § 13 Abs. 2 oder der Ausschluss von Vergabeverfahren für eine Dauer von bis zu drei 3 Jahren gemäß § 13 Abs. 3 ThürVgG.

j) für den Erhalt der Vergabeunterlagen ist die Erklärung zum VS-NfD-Merkblatt erforderlich, siehe Ziffer 3 des Teilnahmeantrages .

Zusätzlich ist die ausgefüllte "Vereinbarung über die Behandlung von Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH zwischen VS-NfD-Auftraggeber und VS-NfD-Auftragnehmer" (VS-NfD-Merkblatt, Teil 1b)) vorzulegen.

Weitere Unterlagen zur Prüfung der Eignung:
keine

Begrenzung der Zahl der einzuladenen Bewerber

Mindestzahl: 3

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Thüringer Ministerium für Digitales und Infrastruktur

Fax: +49 361 57-4111299 (Fachaufsicht).

Bei diesem Vergabeverfahren findet im Übrigen § 14 ThürVgG Anwendung, siehe Fbl. L298 (Diese Regelung gilt nur bei Baumaßnahmen des Freistaats Thüringen ab einem Gesamtauftragswert von 150.000 €), somit ist nicht das TMDI die Nachprüfungsstelle sondern die Vergabekammer beim Thüringer Landesverwaltungsamt, Jorge-Semprún-Platz 4, 99423 Weimar, Fax: +49 361 573321059.